

Von der russischen Kampffront

Sellingsfors, 6. Nov. Die Niedereroberung von Gatschina durch die Bolschewisten hat General Judenitsch seines letzten Stützpunktes für einen Vormarsch gegen Petersburg beraubt. Er geht mit seinen Truppen nur über wüste Felder und Wälder zurück, die für eine Verteidigung ausgeschlossen sind. Die von ihm bezogene Stellung ist dieselbe, die er bei Beginn der Offensive im Frühjahr inne hatte. Die Hoffnung, Petersburg zu erobern, ist damit für lange Zeit aufgegeben. Die Bolschewisten verfolgen die weißen Truppen energisch und zwangen diese, auch Luga aufzugeben. Für die Truppen Judenitsch' wird es außerordentlich schwierig sein, Verbindung mit der Hauptarmee zu erhalten, da die Bolschewisten die Endpunkte der einzigen Verbindungslinie der Eisenbahn Luga-Gatschina besetzt haben. Trotski hat in einem Manifest den Sieg der Roten Truppen verkündet und erklärt, für Petersburg existiere keine Gefahr.

Die englische Intervention

Amsterdam, 6. November. Einer Neutermeldung zufolge fand im Unterhause eine lange Aussprache über die Lage in Russland statt. Der kürzlich aus Sibirien zurückgekehrte Oberst Ward verteidigte die Intervention in Russland und forderte die Anerkennung Koltshaks. Der vor kurzem aus Sowjetrußland zurückgekehrte Oberst Malone forderte die Beseitigung der Blockade und trat für eine Friedenskonferenz der einander bekämpfenden Parteien in Russland ein. Das Mitglied der Arbeiterpartei Graham sagte, seine Partei denke nicht an die Einführung des Sowjetismus in Großbritannien, da sie mittels der geschmähigen Waffen einen immer größer werdenden Erfolg davontrage. Churchill erklärte, gegen die Politik der Regierung seien keine ernstlichen Einwände gemacht worden. Das Maß des Einflusses, den Großbritannien auf das zukünftige Schicksal Russlands ausüben werde, hänge von der Größe der moralischen und materiellen Unterstützung ab, die Rußland von Großbritannien erhalte. Er sprach den Bolschewisten das Recht ab, Rußland zu vertreten, und sagte, seine Sorge sei es, daß aus Rußland, wenn es sich wieder erhebe, ein Feind der Verbündeten entstehen werde. Der Antrag auf Herabsetzung der Kostenanschläge für die Seeresverwaltung mit Bezug auf die Ausgaben für Rußland wurde mit 251 gegen 52 Stimmen verworfen.

Aus dem fernem Osten

Paris, 5. November. General Kato, Gesandter der japanischen Regierung, ist im Hauptquartier Koltshaks eingetroffen, um Verhandlungen zwischen Japan und Koltshak einzuleiten.

Wien in Not

Wien, 6. November. Unter Hinweis auf die katastrophale Lebensmittel- und Kohlennot in Wien richtet das „Neue Wiener Tageblatt“ einen Aufruf an alle deutschen Stammesbrüder, in dem es heißt: Sollte nicht die Stimme des Blutes vor allem die deutschen Stammesgenossen dazu führen, dem Silbersee Wiens für ihr Not zu verschließen? Die zweitgrößte Stadt deutscher Nationalität ringt um ihren nächsten Bestand und schreit um Hilfe wie ein Ertrinkender. Der Notschrei Wiens soll über unsere Grenzen dringen, soll in der deutschen Presse aller Staaten Aufnahme finden und soll diejenigen, welche unsere Sprache sprechen, daran erinnern, daß es ein nationales Rettungswerk zu erfüllen gilt. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, hat die italienische Regierung 30 000 Tonnen Mehl sofort lieferbar, zur teilweisen Abhilfe der Lebensmittelnot in Wien angeboten. Der Unterausschuß der Reparationskommission werde aber erst darüber entscheiden.

Die Kohlennot in Frankreich

Genf, 6. November. Die Kohlennot ist gegenwärtig in Frankreich vielleicht ebenso schwer wie in Deutschland und Oesterreich und durch Streiks im Verkehrswege noch erhöht worden. Die Städte Roubaix, Havre und Lille sind für ihre Kohlenzufuhr und für ihre Verpflegung ausschließlich auf die Flussschiffahrt angewiesen. Ein vor einigen Tagen ausgebrochener Streik der Schiffer und Flößer hat dieses Gebiet von dem Innern Frankreichs abgeschnitten. In Roubaix liegen alle Fabriken still, und die Stadt hat sich von der Handelskammer einen Wagon Kohlen ausbitten müssen, durch den die Verpflegung der Bevölkerung notdürftig aufrecht erhalten wird. In Rouen liegen große Massen von Kohle fest. Die Regierung erklärt, daß sie nichts machen könne, da es eine Verwaltungskontrolle über die Flussschiffahrt nicht gibt. Vor einigen Tagen ist ein Gesetz in Vorschlag gebracht worden, das diese Umstände regeln sollte, aber der Abbruch der Kammerkungen hat diese Sache nicht zur Entscheidung kommen lassen. Auch Paris leidet unter der Kohlennot empfindlich, besonders, da seit einigen Tagen Frostwetter und Schneetreiben herrscht. Eine große Anzahl von kleinen Restaurants hat schließen müssen, und man spricht von einem bevorstehenden allgemeinen Schluß der Wirtschaftsbetriebe.

Schweres Eisenbahnunglück in der Schweiz

Die Schweizer Depeschen-Agentur meldet einen Zusammenstoß am Montagabend zwischen Pont sur Jonne und Sens. Der Simphonzug fuhr in einen nach Genf fahrenden Zug, nachdem er die Signale am Bahnhofe überfahren hatte. — Bis jetzt sind 12 Tote unter den Trainern gefunden und ungefähr 30 Verletzte nach Sens und Montereau gebracht. Nach Erklärung eines Augenzeugen soll es ungefähr 30 Tote und 100 Verwundete gegeben haben. Zwei Wagen dritter Klasse und ein Salonwagen wurden zertrümmert, ein Postwagen und ein Speisewagen umgeworfen.

Kleine politische Nachrichten

Der Chefredakteur der Wiener „Reichspost“, Dr. Friedrich Funder, ist einer Wiener Meldung zufolge, zum Gesandten am Vatikan ausersehen.

München, 6. November. Wie der „Bayer. Kurier“ meldet, werden demnächst zwei höhere frühere Staatsbeamte in den aktiven Staatsdienst zurücktreten. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident v. Dandl wird als Landesfinanzamtspräsident nach Würzburg und der frühere bayerische Finanzminister v. Freunig als Senatspräsident an den Reichsfinanzhof nach München berufen werden.

Schwedische Weihnachtsgabe für deutsche Kinder Der Deutschen Wohlfahrtsstelle wurde vom schwedischen Roten Kreuz die Summe von 12904 Mark übermittelt, gesammelt von schwedischen Kindern für hungernde deutsche Kinder. Für dieses Geld sollen Lebensmittel angeschafft und an solche Kinder verteilt werden, die während des Sommers nicht in Schweden gewesen sind.

Unruhen in Ägypten Laut „Lokalanzeiger“ aus Genf meldet „Information“, daß nach einem Berichte des ägyptischen Nationalkomitees in Ägypten die Revolution ausgebrochen ist. Aus allen Teilen Ägyptens kommen Nachrichten, daß der Kampf gegen die Engländer im Gange sei. Vorläufig soll eine nationalitätsgläubige Regierung gebildet werden.

Amsterdam, 6. November. Dem „Telegraaf“ zufolge meldet ein Korrespondent der „Morningpost“ aus Kairo vom 3. d. M.: Die Lage ist bedrohlich. Der Anführer Allenbys wird mit Spannung entgegensehen. Gestern wurde ein Soldat von den Aufständischen getötet. Später versuchten Eingeborene, in das Militärhospital einzudringen. Die Wache gab Feuer, wodurch eine Person getötet und mehrere verwundet wurden.

Nachrichten aus Sachsen

Die Streiklage in Sachsen

Chemnitz, 6. November. Im Chemnitzer Metallarbeiterstreik ist zu hoffen, daß die letzten Schwierigkeiten beseitigt werden können, und daß am Montag früh die Arbeit wieder aufgenommen und nur noch über Einzelheiten weiter verhandelt wird. Die Beamten und Angestellten befinden sich ebenfalls in einer Bohnbewegung und haben wie die Arbeiter die Regierung zur Vermittlung angerufen. Die Regierung hat bereits mit der Arbeitgemeinschaft der Angestelltenverbände in Chemnitz verhandelt.

Dafür ist jedoch im Lauchhammerwerke eine erfreuliche Einigung zustande gekommen. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde vom Arbeiterausschuß abgelehnt, worauf der Regierungsvorsteher um geheime Abstimmung der Arbeiter ersuchte. Diese entschieden gegen den Arbeiterschuß und nahmen mit ganz überwältigender Mehrheit das Ergebnis der Verhandlungen an. Damit ist auch im Lauchhammerwerke der Friede wieder eingeleitet.

Leipzig, 7. November. Die Ortsgruppe des Spartakusbundes hat namentlich im Osten der Stadt zahlreiche Plakate anbringen lassen, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wird, am 7. November die Arbeit niederzulegen und sich der dritten Internationale anzuschließen. Auch die internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen hat über das gesamte Stadtgebiet Anschläge verbreitet, in denen gegen die Reichsregierung und für eine kommunistische Weltrepublik agitiert wird.

Postbeförderung. Zur Beförderung nach Orten innerhalb des Freistaates Sachsen werden wieder angenommen: Gewöhnliche Pakete, Wertpakete mit Papieregeld und Wertbriefe.

Beförderung von Expreßgut. Die Beschränkung des Gewichts einer Sendung Expreßgut auf 50 Kilogramm wird vom 10. November ab aufgehoben.

Mit der Aufhebung der sächsischen Feiertage hat sich die Staatsregierung in der letzten Zeit beschäftigt. Verschiedene Arbeitgeber in Sachsen hatten die Aufhebung mehrerer sächsischer Feiertage z. B. des hohen Neujahrstages, der beiden Buhtage und des Reformationsfestes bei der sächsischen Regierung beantragt. Daraufhin hat das Wirtschaftsministerium die Handels- und Gewerbetkammern um ein Gutachten hierüber erfragt. Die Gewerbetkammer Bittau als Vorort der sächsischen Gewerbetkammern hat sich für die Aufhebung eines Buhtages, des hohen Neujahrstages und des Reformationsfestes ausgesprochen.

Zur Erlangung verstärkter Kartoffelablieferung ist, wie gemeldet, von Reich wegen mit Wirkung vom 3. November 1919 ab angeordnet worden, daß für jeden bis 15. Dezember 1919 auf die Auflage abgelieferten Zentner Speisekartoffeln neben den bisher festgelegten Höchstpreisen und Zuschlägen (Schnelligkeits- und Anfuhrprämie) eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 M. gezahlt werden darf. Diese Befugnis gilt im Freistaate Sachsen auch für die innerhalb des genannten Zeitraumes auf Landeskartoffelkarte gelieferten Kartoffeln.

Neue Gewalttätigkeiten gegen einen Reichswehrangehörigen. In Königstein wurde in der Nacht vom 30. zum 31. Oktober ein Posten, nachdem er vorher in der gemeinsten Weise beschimpft worden war, von einem Zivilisten hinterlistig überfallen und über den Kopf geschlagen. Der Posten schuß auf die davonkommende Zivilperson, ohne jedoch zu treffen. Hieraus wurde er von Admaris durch einen zweiten Zivilisten zu Boden geschlagen. Beim Sinken entließ sich die Waffe des Postens, wodurch er schwer an der Hand verletzt wurde. Die Nachforschungen nach dem Täter sind bisher erfolglos geblieben.

Delenitz i. B., 6. November. Ueber die gegenwärtige Lage sprach hier vor einigen Tagen der sächsische Justizminister Dr. Sarnisch. Er hob u. a. her-

vor, daß bis jetzt über die Errungenschaften der Revolution keine besondere Freude oder Begeisterung festzustellen sei. Sieran tragen der uns aufgezwungene Friedensvertrag und der imperialistische Ententeapitalismus die Schuld. Der Redner wandte sich weiter gegen die Diktatur der Minderheit und warnte vor überreichten Sozialisierungsmaßnahmen. In erster Linie gelte es, die Betriebe wieder arbeitsfähig zu machen. Nur hierdurch sei ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft möglich.

Löbau, 6. November. Eine günstigere Ernährungslage konnte Amtshauptmann v. Polenz in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses feststellen. Es seien hierfür mancherlei Anzeichen vorhanden, z. B. der Rückgang der Teilnehmerzahl in den Volksküchen, die Schließung der Volksküchen, die Nichtannahme einer großen Menge von Nahrungsmitteln durch die Bevölkerung usw. Trotzdem würden mit Rücksicht auf den Kohlenmangel und auf den bevorstehenden Winter die Volksküchen wieder an Bedeutung gewinnen, weshalb der Kommunalverband sehr vorsichtig mit der Abstoßung bisher nicht abgenommener Nahrungsmittel sein müsse. Die Kartoffelversorgung des Bezirkes sei ziemlich gut. Trotzdem müsse eine vorsichtige Bewirtschaftung aufrecht erhalten bleiben.

Bittau, 6. November. Zur Verbilligung von Nahrungsmitteln und Kohlen zugunsten der minderbemittelten Familien bewilligte der Bezirksausschuß in seiner letzten Sitzung den Betrag von 300 000 M. Zum Vorsitzenden des Bezirkstages der Amtshauptmannschaft Bittau wurde der Bergarbeiter Max Brendler aus Hartau gewählt. Die Wahl wurde durch das Los entschieden, da auf den bürgerlichen Vertreter die gleiche Stimmenzahl entfallen war.

Vaupen, 6. November. Infolge der Kohlennot ist auch der Unterricht in den Volksschulen verkürzt worden. Er findet lediglich in den Vormittagsstunden statt, während der Nachmittagsunterricht ausfällt. Die städtischen Behörden hoffen mit diesen Maßnahmen eine gänzliche Einstellung des Unterrichts vermeiden zu können.

Aus Dresden

Lebensmittelartenbelieferung für die Stadt Dresden habe Amtliche Bekanntmachung.

Rübenfakt und Zuckerrüben. Die Versorgung der Bevölkerung mit Zuder, auch nur mit den jetzigen bestehenden Mengen, ist nicht möglich, wenn den bestehenden Bestimmungen hinsichtlich Rübenfakt und Zuckerrüben nicht voll entsprochen wird. Zur Vermeidung von Irrtümern erscheint es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß die Verarbeitung von Zuckerrüben zu Rübenfakt nur mit schriftlicher Genehmigung des Kommunalverbandes und bei genehmigter Herstellung nur mit Genehmigung der Kriegsrübengefellschaft m. B. S., Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 43, 44 gestattet ist. Zuwiderhandlungen sind strafbar. Zuckerrüben dürfen nach § 3 der oben angezogenen Verordnung über den Verkehr mit Zuder nur an Rüben verarbeitende Fabriken und nur zur Verarbeitung auf Zuder abgesetzt werden. Zuwiderhandlungen sind strafbar. Da Zuckerrüben ohne Genehmigung der Reichszuckerstelle nicht getrocknet werden dürfen, ist auch ein freier Handel mit getrockneten Zuckerrüben und dem daraus hergestellten Zuckerrübenmehl nicht erlaubt.

Der Angestelltenstreik beendet. Ueber die Verhandlungen bezüglich des Tarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten im Großhandel, Industrie, Verkehr und Schifffahrt geht uns seitens der Tarifkommission folgende Mitteilung zu: Nach fast 18tägigen ununterbrochenen Verhandlungen unter Mitwirkung des Herrn Oberregierungsrates Schädlich wurde gestern vormittag 1/8 Uhr ein Protokoll unterzeichnet, in dem alle strittigen Punkte geregelt sind. Der Streik der kaufmännischen Angestellten hört mit dem heutigen Tage auf. Die Redigierung des Vertrages wird alsbald erfolgen und wird bekanntgegeben, wo die gedruckten Tarifverträge erhältlich sind. Ferner geht uns von der Zentralstreikleitung der Angestellten folgende Erklärung zu: Das von uns verbreitete Flugblatt „An die Bevölkerung Dresdens“ vom 5. d. M. enthält einige Irrtümer, die wir nach erfolgter Klärung und vollzogener Einigung richtig stellen. Der Lebensmittelgroßhandel hat nicht unsere Forderungen als berechtigt anerkannt, sondern sich lediglich zur Annahme der Forderungen bereit erklärt, falls die Tarifkommission der Arbeiterschaft hiermit einverstanden sei. Die Zustimmung hierzu ist von der Tarifkommission nicht glatt verweigert worden; diese hat vielmehr wegen der Bedeutung der Frage die Entscheidung weiterer Kreise für nötig gehalten und infolgedessen die Entscheidung auf den nächsten Tag vertagt. Den gegen Herrn Syndikus Griert erhobenen Vorwurf halten wir nach eingehender Kenntnisnahme der Verhältnisse nicht mehr aufrecht. Dresden den 6. November 1919. Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Dresden. Saunshild, Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände Ortsgruppe Dresden, Körner. — Schließlich wird uns noch vom Lebensmittelamt bestätigt, daß die Streikleitung sich mit ihm bereits freiwillig wegen der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung in Verbindung gesetzt hatte, bevor die öffentlichen Angriffe gegen die Streikleitung wegen angeblicher Unterbindung der Lebensmittelversorgung erhoben worden waren. Lebensmittelamt, Tempel.

Bei den Bezirksversammlungen in der Amtshauptmannschaft Dresden-Restadt wurden 18 Bürgerliche, 21 Mehrheitssozialisten und 1 Unabhängiger gewählt.

Der Reichsverband weiblicher Hausangestellter (Christlich-nationale Gewerkschaften) veranfaßte gestern abend im Saale des Regierheims eine öffentliche Versammlung für Hausangestellte, die sich mit der noch immer schwebenden Frage des Tarifes beschäftigte. Nach einem Referat des Herrn Richter über die Stellung der Hausfrauen-